

MARINA TAMM

# Verbraucherschutzrecht

*Jus Privatum*

158

---

**Mohr Siebeck**

# JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 158





Marina Tamm

# Verbraucherschutzrecht

Europäisierung und Materialisierung  
des deutschen Zivilrechts und die Herausbildung  
eines Verbraucherschutzprinzips

Mohr Siebeck

*Marina Tamm*, geboren 1973; 1992–97 Studium der Rechtswissenschaft; 2000 Promotion; 2010 Habilitation; Professorin für Wirtschaftsrecht an der Hochschule Wismar.

e-ISBN PDF 978-3-16-151758-7  
ISBN 978-3-16-150880-6  
ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Minion gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

## Vorwort

*Ohne Werteorientierung ist das Gesetz leer,  
ohne gesetzliche Vorgaben sind Werte nicht durchsetzungsstark.*

Das Denken des modernen kontinental-europäischen Juristen ist in erster Linie auf das Gesetz ausgerichtet. Dies bietet für den Rechtssuchenden den Vorteil der relativen Vorausssehbarkeit der Entscheidung. Was Leitlinien der jeweiligen Entscheidung sind, gibt der Gesetzgeber durch die von ihm erlassenen Regelungen vor. Der Richter hat diese angewandt auf den Einzelfall, unter Beachtung des Gewaltenteilungsgrundsatzes, im Regelfall nur nachzuvollziehen. Es ist ihm danach verwehrt, das Ergebnis für den von ihm zu entscheidenden Fall „intuitiv“ zu finden. Beim Umgang mit dem Gesetz kommt der moderne Jurist aber trotz (oder vielleicht sogar wegen) des stetig anwachsenden Normenbestandes nicht umhin, Durchblicke walten zu lassen auf etwas hinter dem Gesetz Stehendes, das von Engisch in seinem Buch „Einführung in das juristische Denken“ (2005), S. 254, einmal ganz allgemein als „Recht hinter dem Gesetz“ bezeichnet wurde.

Ich habe in meiner Arbeit, die zunächst gar nicht als Habilitationsschrift angelegt war, sondern als Lehrbuch, die Notwendigkeit dieses „Durchblickes“ für den Bereich des Verbraucherschutzrechtes nachvollzogen. Von dem ursprünglichen Anliegen ausgehend, den Rechtssuchenden einen Leitfaden zur Anwendung des Verbraucherschutzrechtes an die Hand zu geben, das immer umfangreicher und komplexer wird, habe ich versucht, tiefer liegende Schichten des Rechtsbereiches zu erreichen und in wissenschaftlicher und zugleich didaktisch ansprechender Form „aufzuschließen“.

Schaut man unter die Oberfläche des Verbraucherschutzrechtes, das einem zunächst in zahlreichen Einzelnormen entgegentritt, ist als Erstes die Frage nach dem Legitimationsgrund zu klären. In Bezug zu nehmen sind hier Asymmetrien zwischen Unternehmern und Verbrauchern, ihre Gründe und die vom Gesetzgeber ausgewählten Instrumente. Zu sinnieren ist aber auch darüber, wie sich Verbraucherschutzrecht generiert (nämlich zumeist durch den EU-Gesetzgeber) und welche Friktionen damit für das deutsche Zivilrecht verbunden sind. Im Übrigen ist die Frage zu beantworten, welche Rolle das Verbraucherschutzrecht im Gefüge des übrigen Zivilrechts spielt, wie der gesamte Bereich strukturiert ist, welche personellen, situativen und vertragsspezifischen Anknüpfungspunkte vom Gesetzgeber in Ansatz gebracht werden und ob es Querverbindungen zwi-

schen den einzelnen Normen derart gibt, dass der Regelungskomplex schon als ein zusammenhängender begriffen werden kann, über den sich ggf. sogar ein Rechtsprinzip konstituieren lässt.

Versucht man zu den Legitimationserwägungen des Verbraucherschutzrechtes vorzustoßen und dabei „an der ersten Schicht unter der Oberfläche“ zu kratzen, wird man erkennen, dass mit diesem Rechtsbereich – ähnlich wie beim Arbeits- und Mietrecht – rollensoziologisch motiviertes Konfliktmanagement betrieben wird.

Es geht um Interessenkonflikte, die nach einem Ausgleich verlangen. In einer modernen Demokratie vollzieht sich dieser Ausgleich der kollidierenden Interessen zunächst über die Legislative und die von ihr erlassenen Gesetze. Da sich das gesellschaftliche (soziale, technologische, wirtschaftliche, kulturelle) Umfeld aber stetig wandelt, muss das Recht, gerade auch das Verbraucherschutzrecht, hierauf reagieren und die Frage nach dem gerechten Ausgleich stets neu stellen und festlegen helfen. Würde das Recht diesen evolutionären Anspruch nicht verfolgen und nur auf Perpetuierung der bestehenden Umstände drängen, würde es seine Funktion, „gesellschaftlicher Integrationsfaktor zu sein“, einbüßen. Vor diesem Hintergrund wird aber auch nachvollziehbar, warum Verbraucherrecht nicht nur hoch dynamisch, sondern auch hoch politisch ist und warum sich Systemfragen, wie die nach einer eigenen rechtsdogmatischen Verkapselung und der Stellung innerhalb des Zivilrechts, bei ihm immer wieder neu stellen.

Das Buch will in diese Richtung Denkanregung geben und dazu ermutigen, nach der viele Detailfragen aufwerfenden Ebene der Einzelausprägungen den Bereich des rein Begrifflichen und Instrumentalen zu verlassen. Entstanden ist die Schrift während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock. Dank sagen möchte ich an dieser Stelle meinem akademischen Mentor, Prof. Dr. Klaus Tonner, der mich an das Verbraucherrecht herangeführt hat, der den Werdegang der Arbeit mit zahlreichen Diskussionen begleitete, mir aber stets auch den Freiraum ließ, mein „eigenes“ Werk zu schreiben. Dank sagen möchte ich im Übrigen sehr herzlich Prof. Dr. Reinhard Singer, der es mir in einer Zeit, in der die Rostocker Juristische Fakultät um ihren Bestand bangen musste, ermöglichte, die Habilitationsschrift an der Humboldt-Universität zu Berlin einzureichen. Mein inniger Dank gilt schließlich unserer Lehrstuhlsekretärin Hiltrud Bahlo und meiner Kollegin Kathleen Fangerow, die die unermüdliche Arbeit des Gegenlesens auf sich nahmen. Die Arbeit wurde am 17.11.2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht. Das Habilitationsverfahren wurde am 1.7.2010 beendet. Zur Drucklegung wurde das Werk nochmals aktualisiert. Widmen möchte ich diese Arbeit „meinen drei Männern“: meinem Mann Holger und meinen beiden Söhnen Niklas und Maximilian, die das Entstehen des Buches mit Interesse und dem notwendigen Mutmachen und Verständnis dafür, dass ich ab und an mal „abtauchen“ musste, verfolgten.

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX

## *1. Teil*

### Grundlagen

1. Kapitel: Einleitung .....	3
2. Kapitel: Regelungsbereich, spezifische Gefahrenlagen, Ziele, Mittel .....	9
A. Was ist Verbraucherschutzrecht? .....	9
B. Spezifische Gefahrenlagen .....	13
C. Ziele des Verbraucherschutzrechts .....	19
D. Mittel zur Umsetzung der für den Verbraucherschutz definierten Ziele .	21
E. Kategorienbildung .....	35
3. Kapitel: Verbraucherschutz in der Konsumgesellschaft, Internationalität, politische Neutralität .....	45
A. Herausbildung eines entsprechenden Rechtsbewusstseins .....	46
B. Verbraucherschutz als Antwort auf neue Gefahren .....	50
C. Internationalität des Verbraucherschutzphänomens .....	55
D. Wirtschaftspolitische Neutralität von Verbraucherschutz .....	56
4. Kapitel: Querschnittscharakter, Verbraucherschutz- oder Verbraucherprivatrecht .....	58
A. Verbraucherschutzrecht als Querschnittsmaterie .....	58
B. Verbraucherprivatrecht als Teil des Verbraucherschutzrechts .....	62
C. Verbraucherschutzrecht oder Verbraucherrecht .....	62



5. Kapitel: Das Verbraucherprivatrecht als Regelungstypus und Sonderprivatrecht .....	67
A. Verbraucherprivatrecht als Regelungstypus .....	67
B. Verbraucherschutzrecht und der Streit um das Sonderprivatrecht .....	120
6. Kapitel: Unterschiedliche Verbraucherschutzkonzeptionen als Ausdruck unterschiedlicher Legitimationserwägungen ...	135
A. Verschiedene Verbraucherschutzkonzeptionen .....	136
B. Die Konsumenten- und die Unternehmensouveränität .....	144
C. Die Verbraucherleitbilder bezüglich der Unternehmer-/ Verbraucherherrschaft .....	147
D. Unterschiedliche Marktkonzeptionen/Leitbilder – unterschiedliche Instrumente .....	162
E. Rollensoziologisches Verbraucherleitbild und die neue Sichtweise von der Privatautonomie .....	165
7. Kapitel: Historische Entwicklung des Verbraucherprivatrechts ....	180
A. Vorläufer des Verbraucherschutzes aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit .....	180
B. Polizeiordnungen des 17. und 18. Jahrhunderts .....	181
C. Erster Meilenstein: Abzahlungsgesetz von 1894 .....	181
D. Weitere Impulse aus der Verbraucherpolitik der letzten fünfzig Jahre .....	184
E. Triebkraft „Europa“ .....	189
8. Kapitel: Die Idee des einheitlichen europäischen Zivilrechts/ Verbraucherschutz und Binnenmarkt im Lichte des Mindeststandardprinzips .....	267
A. Verbraucherschutz als Triebkraft für ein Europäisches Zivilgesetzbuch .....	267
B. Das Spannungsverhältnis zwischen Verbraucherschutz und Binnenmarkt im Lichte des Mindeststandardprinzips .....	301
C. Zusammenfassende Schlussbetrachtung .....	313

## 2. Teil

## Rechtstatsächliches: das Verbraucherschutzrecht de lege lata

1. Kapitel: Abstrakte Begriffe und Instrumente des Verbraucherschutzrechts .....	319
A. Der „Verbraucher“ und der „Unternehmer“ als zentrale Begriffe .....	319
B. Allgemein verwendete Instrumente des Verbraucherschutzes .....	347
2. Kapitel: Besondere Ausprägungen des Verbraucherschutzrechts im vorvertraglichen, vertraglichen und außervertraglichen Bereich .....	424
A. Vorvertragliches Verbraucherrecht .....	425
B. Allgemeines vertragliches Verbraucherrecht .....	462
C. Besonderes Verbrauchervertragsrecht .....	572
D. Deliktischer Verbraucherschutz durch Produzenten- und Produkthaftung .....	774
3. Kapitel: Aspekte des zivilprozessualen Verbraucherschutzes .....	806
A. Allgemeines .....	806
B. Erkenntnisverfahren .....	808
C. Vollstreckungsverfahren .....	878

## 3. Teil

## Rechtstheorie

A. Einleitung .....	893
B. Einführung in die Diskussion um Rechtsprinzipien .....	896
C. Die Verhaftung des Verbraucherschutzprinzips in der deutschen Rechtsordnung .....	938
Literaturverzeichnis .....	995
Stichwortverzeichnis .....	1071



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII

## *1. Teil*

### Grundlagen

1. Kapitel: Einleitung .....	3
2. Kapitel: Regelungsbereich, spezifische Gefahrenlagen, Ziele, Mittel .....	9
A. Was ist Verbraucherschutzrecht? .....	9
I. Notwendigkeit einer begrifflichen und inhaltlichen Konzentration	10
II. Definition des Verbraucherschutzrechtes .....	11
1. Bezug zum „Verbrauch“ als tatsächlichem Vorgang .....	12
2. Bezug zur „Rolle des Verbrauchers“ .....	12
3. Resümee .....	12
B. Spezifische Gefahrenlagen .....	13
I. Divergierende Interessen zwischen Verbrauchern und Unternehmern .....	13
II. Gestörte Selbstregulation des Marktes durch Kräfteungleichgewicht .....	14
III. Unterschiedliche Begründungsansätze für das Kräfteungleichgewicht .....	15
1. Informationsdefizit .....	15
2. Rollensoziologisch bedingte Asymmetrien .....	16
3. Organisationsprobleme .....	16
4. Defizite bei der Rechtsdurchsetzung .....	17
IV. Reflektion des Ungleichgewichts in der gesetzgeberischen Einschätzungsprärogative .....	18

C. Ziele des Verbraucherschutzrechts .....	19
I. Gesundheitsschutz .....	19
II. Beförderung optimaler Marktentscheidungen des Verbrauchers ...	19
III. Niederschlag dieser Ziele in diversen Schutzprogrammen .....	19
D. Mittel zur Umsetzung der für den Verbraucherschutz definierten Ziele .....	21
I. Rechtsetzung auf nationaler und supranationaler Ebene innerhalb Europas .....	21
1. Die Ebene des primären Gemeinschaftsrechts .....	21
2. Die Ebene des sekundären Gemeinschaftsrechts .....	22
3. Die Ebene des nationalen Rechts .....	31
II. Rechtsanwendung durch die Gerichte .....	31
1. Die Rechtsprechung des EuGH .....	31
2. Die nationale Rechtsprechung .....	33
3. Vom Richterspruch zum Gesetzesrecht .....	34
III. Gesetzliche und gesetzesbegleitende Maßnahmen .....	34
E. Kategorienbildung .....	35
I. Marktkomplementäre Instrumente .....	35
1. Regulierung von Markt(über)macht durch Kartellverbote und Auflagen .....	36
2. Regulierung des Rechts des unlauteren Wettbewerbs durch das Lauterkeitsrecht .....	37
3. Verbraucherinformation .....	37
II. Markt kompensatorische Instrumente .....	42
III. Auswertung .....	43
IV. Widerspiegelung dieser Elemente im geltenden Verbraucherschutzrecht .....	44
 3. Kapitel: Verbraucherschutz in der Konsumgesellschaft, Internationalität, politische Neutralität .....	 45
A. Herausbildung eines entsprechenden Rechtsbewusstseins .....	46
I. Wirtschaftsliberale Grundausrichtung des Zivilrechts zu Anfang des BGB .....	46
II. Einbrüche in die liberale Grundausrichtung .....	48

B. Verbraucherschutz als Antwort auf neue Gefahren .....	50
I. Fehlen der Marktübersicht .....	50
II. Existenz von unaufrichtigem Marktverhalten .....	51
III. Problem des Nichtbestehens echten Wettbewerbs .....	52
IV. Ungleiche Stellung der Marktteilnehmer .....	54
C. Internationalität des Verbraucherschutzphänomens .....	55
I. Erster Trend: Etablierung nationalen Verbraucherschutzrechts ....	55
II. Zweiter Trend: Etablierung zwischenstaatlichen Verbraucherschutzes .....	56
D. Wirtschaftspolitische Neutralität von Verbraucherschutz .....	56
 4. Kapitel: Querschnittscharakter, Verbraucherschutz- oder Verbraucherprivatrecht .....	 58
A. Verbraucherschutzrecht als Querschnittsmaterie .....	58
I. Querschnittscharakter auf der Ebene der EU .....	59
II. Querschnittsmaterie auf der Ebene des nationalen Rechts .....	59
1. Verbraucherschutz durch öffentliches Recht .....	59
2. Verbraucherschutz durch Strafrecht .....	60
3. Verbraucherschutz durch Wettbewerbsrecht .....	60
4. Verbraucherschutz durch Zivilrecht .....	60
B. Verbraucherprivatrecht als Teil des Verbraucherschutzrechts .....	62
C. Verbraucherschutzrecht oder Verbraucherrecht .....	62
I. Assoziation bestimmter Instrumente .....	62
II. Inhaltliche Neuausrichtung .....	63
III. Kritik .....	65
IV. Schlussbemerkung .....	66
 5. Kapitel: Das Verbraucherprivatrecht als Regelungstypus und Sonderprivatrecht .....	 67
A. Verbraucherprivatrecht als Regelungstypus .....	67
I. Normendichte oder Quantitätsargument .....	68
II. Normenhöhe oder Qualitätsaspekt .....	68

1. Modifikation des Zivilrechts durch Verbraucherprivatrecht ...	69
2. Folgerung: inhaltliche Aufwertung und stärkere Regelungsstringenz .....	73
3. Trotzdem: Beibehaltung der Sonderstellungen auch im BGB ...	74
III. „Gefährdungslagen“ als Anknüpfung für ein typisiertes Schutzbedürfnis .....	75
1. Personales Element (Verbraucherschutzrecht i.e.S.) .....	76
2. Das situative und/oder vertragspezifische Element (Verbraucherschutzrecht i.w.S.) .....	83
3. Die Anknüpfungspunkte in der Diskussion um das Sonderprivatrecht .....	84
4. Aktuelles Verbraucherschutzrecht als Mix der verschiedenen Elemente .....	86
IV. Der gemeinsame Herkunfts- und Wirkungsaspekt des Verbraucherschutzrechts .....	91
1. Herkunftsaspekt: Verbraucherschutzrecht durch europäische Vorgaben .....	91
2. Wirkungsaspekt: Verbraucherschutzrecht als Mittel der EU-Rechtsangleichung .....	91
V. Kennzeichen des Problemimpulses .....	93
1. Erste Ursache: Keine umfassende Regelungskompetenz der Gemeinschaft .....	94
2. Zweite Ursache: Notwendigkeit einer gewissen „Rechtsmasse“ .....	96
VI. Kennzeichen der überschießenden Umsetzung .....	98
1. Sinn und Zweck der überschießenden Umsetzung im Allgemeinen .....	98
2. Relevanz für die „hochgezüchtete“ deutsche Zivilrechts- kodifikation .....	99
3. Systembedingtheit von Friktionen .....	99
VII. Zivilrecht auf dem Weg zu einem neuen, sozialen Grundkonzept? .....	100
1. Verbraucherschutzrecht als Materialisierungsantrieb des gesamten Zivilrechts? .....	100
2. Streit um die Wechselwirkung zwischen Verbraucher- und allgemeinem Zivilrecht .....	115

B. Verbraucherschutzrecht und der Streit um das Sonderprivatrecht .	120
I. Was Sonderprivatrecht ist . . . . .	122
1. Formelle Kriterien . . . . .	122
2. Materielle Kriterien . . . . .	126
3. Handelsrecht und Verbraucherprivatrecht als Testfälle des Sonderprivatrechts . . . . .	126
II. „Abwehrstrategien“ der Literatur und ihre kritische Würdigung ..	130
 6. Kapitel: Unterschiedliche Verbraucherschutzkonzeptionen als Ausdruck unterschiedlicher Legitimationserwägungen . . .	135
A. Verschiedene Verbraucherschutzkonzeptionen . . . . .	136
I. Altliberales Modell . . . . .	137
II. Neues, liberales (Informations-)Modell . . . . .	138
III. Soziales (Verbraucherschutz-)Modell . . . . .	141
1. Situativer/vertragsbezogener Ansatz . . . . .	142
2. Verallgemeinernder, rollensoziologischer Ansatz . . . . .	143
B. Die Konsumenten- und die Unternehmersouveränität . . . . .	144
I. Die Konsumentensouveränität: Herrschaft der Abnehmer . . . . .	145
II. Die Annahme der Produzentensouveränität: Herrschaft der Anbieter . . . . .	146
C. Die Verbraucherleitbilder bezüglich der Unternehmer-/ Verbraucherherrschaft . . . . .	147
I. Homo oeconomicus . . . . .	148
II. Aufzuklärender homo oeconomicus . . . . .	150
III. Schutzbedürftiger Verbraucher . . . . .	151
IV. Determination der Leitbilder in Judikative, Legislative und Rechtswissenschaft . . . . .	152
1. Judikatur . . . . .	152
2. Legislative . . . . .	155
3. Rechtswissenschaft . . . . .	156
4. Resümee . . . . .	157
V. Plädoyer für das Leitbild des flüchtigen, unmündigen Verbrauchers . . . . .	157
1. Forderung de lege ferenda . . . . .	158
2. Möglichkeiten de lege lata . . . . .	159



D. Unterschiedliche Marktkonzeptionen/Leitbilder – unterschiedliche Instrumente .....	162
I. Laissez-Faire-Ansatz des altliberalen Modells .....	162
II. Information und Wettbewerb nach dem liberalen Informationsmodell .....	163
III. Abschluss- und Inhaltskontrolle nach dem sozialen Verbraucherschutzmodell .....	164
E. Rollensoziologisches Verbraucherleitbild und die neue Sichtweise von der Privatautonomie .....	165
I. Einführung in den Problemkreis .....	165
II. Klassische und moderne Sichtweise der Privatautonomie .....	166
1. Klassische Sichtweise der Privatautonomie .....	167
2. Neuere Sichtweise der Privatautonomie .....	170
3. Resümee .....	173
III. Problem der Verifizierbarkeit der Disparität und der Umgang damit .....	174
1. Ablehnung der Verifizierbarkeit einer Paritätsstörung .....	175
2. Bejahung der Feststellbarkeit einer Paritätsstörung .....	176
3. Lösung: Einschätzungsprärogative der Legislative .....	177
4. Resümee .....	179
 7. Kapitel: Historische Entwicklung des Verbraucherprivatrechts ....	180
A. Vorläufer des Verbraucherschutzes aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit .....	180
B. Polizeiordnungen des 17. und 18. Jahrhunderts .....	181
C. Erster Meilenstein: Abzahlungsgesetz von 1894 .....	181
D. Weitere Impulse aus der Verbraucherpolitik der letzten fünfzig Jahre .....	184
I. AGB-Gesetz .....	185
II. FernUS-Gesetz .....	187
III. Vorschriften zum Schutze des Pauschalreisenden .....	188
IV. Schlussbemerkung .....	189

E. Triebkraft „Europa“ .....	189
I. Allgemeines zur Entwicklung im Primärrecht .....	190
1. Vor der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte .	190
2. Nach dem Erlass der Einheitlichen Europäischen Akte .....	191
3. Nach der Verabschiedung des Vertrages von Maastricht .....	192
4. Nach der Verabschiedung des Vertrags von Amsterdam .....	193
5. Der Reform-Vertrag von Lissabon .....	195
II. Programme und Beschlüsse der Gemeinschaft .....	195
III. Die Richtlinientätigkeit der Kommission .....	198
1. Richtlinientätigkeit vor der Verabschiedung der EEA .....	199
2. Richtlinientätigkeit nach der Verabschiedung der EEA .....	199
3. Die bedeutendsten Richtlinien in einer kurzen chronologischen Übersicht .....	199
IV. Schlussbemerkung .....	237
V. Kritische Auseinandersetzung mit neueren Entwicklungen in der Gemeinschaft .....	240
1. Kritik am Vollharmonisierungsansatz .....	241
2. Kritik am Herkunftslandprinzip .....	262
8. Kapitel: Die Idee des einheitlichen europäischen Zivilrechts/ Verbraucherschutz und Binnenmarkt im Lichte des Mindeststandardprinzips .....	267
A. Verbraucherschutz als Triebkraft für ein Europäisches Zivilgesetzbuch .....	267
I. Rechtstatsächliches .....	268
1. EU-Programme/Mitteilungen und Wissenschaftsprojekte .....	268
2. Vorbereitende und begleitende Projekte in der Rechtswissenschaft .....	271
3. Resümee .....	283
II. Verbraucherschutz als ein die Rechtsvereinheitlichung in Europa beschleunigender „Nukleus“? .....	284
1. Instrumentalisierung des Verbraucherschutzes .....	285
2. Ziel der Schaffung des Gemeinsamen Referenzrahmens als Vorstufe .....	287
3. Hindernisse für das zu entwickelnde Gemeinschafts- privatrecht .....	290
4. Resümee .....	297

B. Das Spannungsverhältnis zwischen Verbraucherschutz und Binnenmarkt im Lichte des Mindeststandardprinzips .....	301
I. Kenntlichmachung der Mindestharmonisierung durch die Regelungstechnik der „Öffnungsklausel“ .....	301
II. Fehlende Vollharmonisierung als Hemmnis für den Binnenmarkt? .....	303
III. Kritik an der Vollharmonisierung wegen fehlender Primär- rechtskonformität und Aufgreifung dortiger Zielkonflikte .....	304
1. Ausprägungen des Spannungsverhältnisses im Primärrecht ...	306
2. Ausprägungen des Spannungsverhältnisses im Sekundärrecht .	309
3. Resümee .....	311
C. Zusammenfassende Schlussbetrachtung .....	313

## 2. Teil

### Rechtstatsächliches: das Verbraucherschutzrecht de lege lata

1. Kapitel: Abstrakte Begriffe und Instrumente des Verbraucherschutzrechts .....	319
A. Der „Verbraucher“ und der „Unternehmer“ als zentrale Begriffe ...	319
I. Bedeutung: einheitlicher personeller Anknüpfungspunkt für das Verbraucherschutzrecht i.e.S. ....	319
II. Gesetzgebungsgeschichte hinsichtlich der Einführung der §§ 13, 14 BGB .....	320
III. Der Verbraucherbegriff .....	321
1. Der Verbraucherbegriff im supranationalen Gemeinschaftsrecht .....	321
2. Der Verbraucherbegriff im nationalen Recht .....	325
3. Divergenzen zwischen europäischem und deutschem Verbraucherbegriff .....	330
4. Grenzfälle bei der Einordnung nach § 13 BGB .....	331
5. Beweislast .....	341
IV. Der Unternehmerbegriff .....	342
1. Der Unternehmerbegriff im supranationalen Gemeinschaftsrecht .....	342
2. Der Unternehmerbegriff im nationalen Recht .....	345

B. Allgemein verwendete Instrumente des Verbraucherschutzes	347
I. Transparenzgebot und die Pflicht zur Vorabinformation	347
1. Transparenzgebot	349
2. Die Pflicht zur (Vorab-)Information	358
3. Sanktionen bei Pflichtverletzungen	378
II. Das Verbraucherwiderrufsrecht	385
1. Allgemeines	387
2. Gesetzgeberische Konzeption und ihre Wurzeln	388
3. Gesetzesgenese	390
4. Anwendungsvoraussetzungen	393
5. Rechtsfolgen der wirksamen Ausübung des Widerrufsrechts	401
6. Überarbeitungsvorschläge	415
III. Fehlende Dispositivität der Schutznormen, Umgehungsverbote, Einschränkung der Rechtswahlmöglichkeit	416
1. Unabdingbarkeit	416
2. Umgehungsverbote	417
3. Einschränkung der Rechtswahlmöglichkeit	419
 2. Kapitel: Besondere Ausprägungen des Verbraucherschutzrechts im vorvertraglichen, vertraglichen und außer- vertraglichen Bereich	 424
A. Vorvertragliches Verbraucherrecht	425
I. Reglementierung der Werbung nach dem UWG	426
1. Allgemeines	426
2. Entstehungsgeschichte	428
3. Europarechtliche Aspekte	430
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	431
5. Regelungsinhalt	432
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten	438
II. Reglementierung von unbestellten Warensendungen nach § 241a BGB	441
1. Allgemeines	441
2. Entstehungsgeschichte	441
3. Europarechtliche Aspekte	442
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	443
5. Regelungsinhalt	443
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeit	447

III. Reglementierung von Gewinnmitteilungen .....	451
1. Allgemeines .....	451
2. Entstehungsgeschichte .....	452
3. Fehlen eines europarechtlichen Hintergrundes .....	452
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	453
5. Regelungsinhalt .....	456
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten ....	460
B. Allgemeines vertragliches Verbraucherrecht .....	462
I. Verbrauchervertriebsrecht .....	464
1. Reglementierung von Haustürgeschäften .....	465
2. Reglementierung von Fernabsatzgeschäften .....	480
3. Reglementierungen des elektronischen Geschäftsverkehrs ....	512
II. Reglementierung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	530
1. Allgemeines .....	532
2. Entstehungsgeschichte .....	536
3. Europarechtliche Aspekte .....	542
4. Regelungsinhalt .....	545
5. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten ....	564
C. Besonderes Verbrauchervertragsrecht .....	572
I. Kaufvertrag und Verbrauchsgüterkauf .....	572
1. Allgemeines .....	573
2. Entstehungsgeschichte .....	573
3. Europarechtliche Aspekte .....	574
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	578
5. Regelungsinhalt .....	581
II. Teilzeit-Wohnrechterverträge .....	629
1. Allgemeines .....	630
2. Entstehungsgeschichte .....	631
3. Europarechtliche Aspekte .....	634
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	637
5. Regelungsinhalt .....	640
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten ....	645
III. Finanzgeschäfte und Verbraucherkredite .....	649
1. Allgemeines .....	650
2. Entstehungsgeschichte .....	650
3. Europarechtliche Aspekte .....	656
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	664
5. Regelungsinhalt .....	665

IV. Pauschalreisevertrag .....	696
1. Allgemeines .....	696
2. Entstehungsgeschichte .....	697
3. Europarechtliche Aspekte .....	699
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	701
5. Regelungsinhalt .....	701
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten ....	722
V. Dienstleistungsverträge .....	725
1. Der Fernunterrichtsvertrag .....	725
2. Der Wertpapier-Anlageberatungsvertrag .....	736
3. Der Darlehensvermittlungsvertrag .....	761
D. Deliktischer Verbraucherschutz durch Produzenten- und Produkthaftung .....	774
I. Allgemeines .....	774
II. Entstehungsgeschichte .....	776
III. Europarechtliche Aspekte .....	778
IV. Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	781
V. Regelungsinhalt .....	782
1. Produzentenhaftung nach § 823 BGB .....	783
2. Produkthaftung nach dem ProdHaftG .....	796
3. Kapitel: Aspekte des zivilprozessualen Verbraucherschutzes .....	806
A. Allgemeines .....	806
B. Erkenntnisverfahren .....	808
I. Allgemeines .....	808
II. Grundprobleme .....	810
1. Der schwierige Zugang zum Recht .....	813
2. Erfolgsbarrieren vor Gericht .....	815
3. Negative volkswirtschaftliche Auswirkungen der mangelnden Rechtsdurchsetzung .....	817
III. Instrumente zur Problemabhilfe .....	818
1. Schlichtung als außergerichtliche Rechtskontrolle .....	818
2. Beratungs- und Prozesskostenhilfe .....	821
3. Zuständigkeitsregelungen .....	825
4. Kollektivverfahren i.w.S. zur Wahrnehmung von Verbraucher- interessen .....	835
5. Kompensatorische Prozessleitung .....	869

C. Vollstreckungsverfahren .....	878
I. Allgemeiner Vollstreckungsschutz .....	878
II. Verbraucherinsolvenz .....	879
1. Allgemeines .....	880
2. Die Struktur des Verbraucherinsolvenzverfahrens .....	880
3. Problematik der Prozesskostenhilfe/Stundung der Verfahrenskosten .....	886
4. Möglichkeit eines „Null-Planes“? .....	887
5. Überlegungen de lege ferenda .....	888
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen gegen Verbraucher .....	889

### 3. Teil

## Rechtstheorie

A. Einleitung .....	893
B. Einführung in die Diskussion um Rechtsprinzipien .....	896
I. Die (umstrittene) Existenz von Rechtsprinzipien .....	898
II. Der Bedarf nach Rechtsprinzipien und ihre Funktion .....	899
1. Die einende (integrierende) Funktion für das gesamte Recht ...	899
2. Die interpretierende Funktion bei der Gesetzesanwendung ...	901
3. Die lückenfüllende Funktion bei der Rechtsfortbildung .....	901
4. Die programmierende/richtungweisende Funktion .....	902
5. Die rechtsvergleichende Funktion .....	907
6. Resümee .....	907
III. Die Herausbildung und Kenntlichmachung von Rechtsprinzipien	910
1. Das Problem des normativen Maßstabes .....	911
2. Die unterschiedlich bewertete Ausgangsbasis für den Exzerptionsvorgang .....	913
3. Was Prinzipien sind: Zur Beschaffenheit des gesuchten „Objekts“ .....	928
4. Prinzipienmehrheit, innere Spannungen sowie Über- und Unterordnung .....	931
IV. Beispiele für die Herleitung von Prinzipien und verwandte Tatbestände .....	933

1. Vertrauenshaftung .....	934
2. Die Haftung wegen Verschuldens bei Vertragsschluss (cic) ....	934
3. Die positive Forderungsverletzung (pFV) .....	935
4. Resümee .....	936
<b>C. Die Verhaftung des Verbraucherschutzprinzips</b>	
in der deutschen Rechtsordnung .....	938
I. Die Wandelbarkeit von Prinzipien mit dem geltenden Recht .....	939
II. Die gewandelte Exzerptionsgrundlage .....	939
1. Die große Rechtsmasse und ihre thematische Spreizung .....	940
2. Die neue Verklammerung durch einheitliche Begriffe und Instrumente .....	942
III. Die neue Grenzziehung zwischen Verbraucherrecht und sonstigem Zivilrecht .....	943
1. Der Streit um die Generalisierung(snotwendigkeit) .....	943
2. Alpha- und Beta-Asymmetrien .....	944
3. Prinzipienbildung und Verschiebung der Grenze zwischen den Zivilrechtsbereichen .....	946
IV. „Aus der sich zusammenballenden Masse entwickelt sich eine neue Kraft“ .....	947
1. Emergenz als bestimmendes Konzept .....	947
2. Universalität der Erscheinungsform .....	948
V. Problem: Fehlende Verifizierbarkeit der notwendigen „kritischen Masse“ .....	949
VI. Vergleich mit ähnlichen Erscheinungsformen/Inhalt des Prinzips .....	950
VII. Fehlender Verstoß gegen höherrangiges, geschriebenes Recht ....	950
1. Unbedenklichkeit in Bezug auf Verfassungsrecht (Art. 2 I, 20 I GG) .....	951
2. Unbedenklichkeit in Bezug auf das Primärrecht (Art. 169, 114, 12, 4 II lit. f) AEUV) .....	961
VIII. Schlussfolgerungen für Politik, Gesetzgebung und Judikatur .....	963
1. Ausgangspunkt: „Wertungstendenz“ und die Ausbalancierung mit anderen Prinzipien .....	963
2. Grenze: keine konturlose Relativierung der Vertragsbeziehung	964
3. Ergebnis: Differenzierte Umsetzung .....	966
4. Umsetzung bei der Evaluierung des Rechts/Schaffung neuen Rechts .....	967



5. Konkrete Beispiele zur Umsetzung des Verbraucher-	
schutzprinzips .....	968
6. Schlusswort .....	991
Literaturverzeichnis .....	995
Stichwortverzeichnis .....	1071

*1. Teil*

## Grundlagen



## 1. Kapitel

# Einleitung

Seit etlichen Jahrzehnten sind Fragen des Verbraucherschutzes Gegenstand rechtlicher Betrachtungen und Auseinandersetzungen.<sup>1</sup> Sowohl die Legislative als auch die Judikative sahen sich veranlasst, die Stellung des Verbrauchers zu stärken. Auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung<sup>2</sup> gewann das Thema an Bedeutung.

Dabei hat sich das Verbraucherschutzrecht als relativ neues Rechtsgebiet im Wesentlichen in den letzten vierzig Jahren herausgebildet.<sup>3</sup> Mit der zunehmenden Entwicklung dieser Materie veränderte sich auch die thematische Ausrichtung der Verbraucherrechtsdiskussion:<sup>4</sup> War das Problemfeld des Verbraucherschutzes in den 1960er und 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch deshalb von besonderem Interesse gewesen, um den Schutz des Verbrauchers zu *etablieren*, so geht es heute hauptsächlich darum, den gewonnenen Status quo zu bewahren und *auszubauen* sowie die durch dieses Rechtsgebiet aufgeworfenen rechtsdogmatischen Probleme *aufzuarbeiten*.<sup>5</sup> Hatte man sich am Anfang der Verbraucherrechtsentwicklung noch darum gestritten, inwieweit ein besonderes Verbraucher(schutz)recht<sup>6</sup> überhaupt existieren sollte,<sup>7</sup> d.h. ob ein Problem,

---

<sup>1</sup> Soergel/Pfeiffer (2002), § 13 Rn. 17.

<sup>2</sup> Bülow/Artz, Verbraucherprivatrecht (2003); Borchert, Verbraucherschutzrecht (2. Aufl., 2003); Gilles, JA 1980, 1 ff.; ders., NJW 1986, 1131 ff.; Gärtner, JZ 1992, 72, 73 ff.; Damm, JZ 1978, 173 ff.; Dick, Das Verbraucherleitbild der Rechtsprechung (1995); Hart/Köck, ZRP 1991, 61 ff.; Kemper, Verbraucherschutzinstrumente (1994); Lindner, Verbraucherschutz in der Transformation (2004); Koch, Verbraucherprozeßrecht (1990); Michalski, Verbraucherschutzrecht (2002); v. Hippel, Verbraucherschutz (3. Aufl., 1986); Martis, Verbraucherschutzrecht (1998); Miletzki, Formen der Konfliktbewältigung im Verbraucherrecht (1979); Reich, ZRP 1974, 187 ff.; Reich/Tonner/Wegener, Verbraucher und Recht (1976); Reich, Europäisches Verbraucherschutzrecht (2. Aufl., 1993); ders., Förderung und Schutz diffuser Interessen durch die Europäischen Gemeinschaften (1987); Reich/Micklitz, Verbraucherschutz in der Bundesrepublik Deutschland (1980); dies., Verbraucherschutzrecht in den EG-Staaten (1981); Reifner, WRP 1987, 421; K. Simitis, Verbraucherschutz: Schlagwort oder Rechtsprinzip? (1976); Metz, VuR 1992, 386 ff.; Rösler, Europäisches Konsumentenvertragsrecht (2004); Volkmer, Verbraucherrechtsberatung (1988).

<sup>3</sup> Gärtner, JZ 1992, 72, 73 ff.

<sup>4</sup> Drexler, Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers (1998), S. 43.

<sup>5</sup> Meets, Verbraucherschutzrecht bei Rechtsgeschäften im Internet (1998), S. 1.

<sup>6</sup> Zur Terminologie Verbraucherrecht/Verbraucherschutzrecht siehe Tonner, FS Derleder (2005), S. 145, 150 f.

<sup>7</sup> Vgl. einerseits Reich, ZRP 1974, 187 ff.; Reich/Micklitz, Verbraucherschutzrecht in

nämlich das des Schutzes des Verbrauchers, tatsächlich als ein zu einer rechtspolitischen Lösung drängendes zur Kenntnis genommen wird (und wenn ja, wie und wo es regelungstechnisch zu verorten ist),<sup>8</sup> so werden diese Fragen heute kaum noch gestellt,<sup>9</sup> auch, weil sie gegenwärtig vielen nicht mehr „*up to date*“ erscheinen.

Die thematische Neuausrichtung in der Auseinandersetzung um das Verbraucherschutzrecht ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass bezüglich der Notwendigkeit der Etablierung von verbraucherschützenden Maßnahmen mittlerweile ein breiter Konsens herrscht,<sup>10</sup> zumal der Gesetzgeber im Bereich des Verbraucherschutzes in weitem Umfang Fakten geschaffen hat, an denen man auch im Rahmen der Verbraucherrechtsdiskussion nicht mehr vorbeikommt. Unklar und in vielen Bereichen umstritten ist allerdings auch heute noch, welche *Schlussfolgerungen* sich aus der Anerkennung der Forderung nach Verwirklichung von effektivem Verbraucherschutz ziehen lassen, welche *Mittel* zur Protektion von Verbraucherinteressen am besten geeignet sind, was das rechte *Maß* des zwingenden Vertragsschutzes ist,<sup>11</sup> aber auch, welche *Auswirkung* die rechtliche Berücksichtigung des Verbraucherschutzes für die übrige Rechtsordnung zeitigt.<sup>12</sup>

---

der Bundesrepublik Deutschland (1980), S. 15; Reich, Markt und Recht (1977), S. 190 ff.; K. Simitis, Verbraucherschutz: Schlagwort oder Rechtsprinzip? (1976), S. 18; Damm, JZ 1978, 173 ff.; Hart/Joerges, Verbraucherrecht und Marktökonomie, in: Wirtschaftsrecht als Kritik des Privatrechts (1980), S. 91 ff., 229; dagegen ursprünglich Westermann, AcP 178 (1978), 150 ff.; Lieb, AcP 178 (1978), 196 ff.; Dauner-Lieb, Verbraucherschutz durch Ausbildung eines Sonderprivatrechts für Verbraucher (1983), S. 141 ff.; kritisch auch Miletzki, Formen der Konfliktbewältigung im Verbraucherrecht (1979), S. 1.

<sup>8</sup> Es ging hier um rechtspolitische und auch ideologische Grabenkämpfe zwischen jenen, die sich über ein als sozial apostrophiertes Verbraucherschutzrecht die Veränderung des Sozialmodells des BGB erhofften, und jenen, die sich als Verteidiger der Marktwirtschaft sahen, vgl. dazu Drexler, Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers (1998), S. 1; Hönn, ZfA 2003, 325, 354 ff.

<sup>9</sup> Drexler, Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers (1998), S. 1: „Die Verbraucherschutzdebatte der 70-iger Jahre hat an Intensität eingebüßt.“

<sup>10</sup> MüKo/Micklitz (4. Aufl., 2001), Vor. §§ 13–14 BGB Rn. 16 ff. (dort noch mit umfangreicheren Ausführungen als in der späteren 5. Aufl.).

<sup>11</sup> Damm, FS Reich (1997), S. 129, 131; MüKo/Micklitz (4. Aufl., 2001), Vor. §§ 13–14 BGB Rn. 16, 22 ff.; Gärtner, JZ 1992, 72, 73; Joerges, Verbraucherschutz als Rechtsproblem (1981), S. 13; Ahrens, Die Rolle der Zivilrechtswissenschaft bei der Vorbereitung von „Verbraucher“-Schutzgesetzen (1985), S. 169, 170; Fuchs, Verbraucherschutz in Spanien (1990), S. 21; Zöllner, JuS 1988, 329, 333.

<sup>12</sup> Zu diesen Fragen Gilles, JA 1980, 1 ff.; ders., NJW 1986, 1131 ff.; Soergel/Pfeiffer (2002), § 13 Rn. 17; Kemper, Verbraucherschutzinstrumente (1994), S. 30 ff.; Damm, JZ 1978, 173, 174; Dauner-Lieb, Verbraucherschutzrecht durch Ausbildung eines Sonderprivatrechts für Verbraucher (1983); v. Hippel, Verbraucherschutz (3. Aufl., 1986); Joerges, Verbraucherschutz als Rechtsproblem (1981); Reich, Markt und Recht (1977), S. 179 ff.; Reifner, Alternatives Wirtschaftsrecht am Beispiel der Verbraucherverschuldung (1979); K. Simitis, Verbraucherschutz: Schlagwort oder Rechtsprinzip? (1976).

Dass es auf Grund der umfangreichen Tätigkeit des Gesetzgebers im Bereich des Verbraucherschutzrechtes zu quantitativen und qualitativen Veränderungen im gesamten Bereich des Bürgerlichen Rechts gekommen ist, und dass diese Veränderungen auch Rückwirkungen auf die über das Verbraucherrecht hinausgehende übrige Privatrechtsordnung haben, ist unbestritten.<sup>13</sup> Keine Einigkeit besteht aber in der Interpretation dieser Auswirkungen.<sup>14</sup> Die unterschiedliche Bewertung beruht häufig auf einer divergierenden Einschätzung des *Entwicklungsstandes* des gegenwärtigen Verbraucherschutzrechtes und ist zudem vielfach Ausdruck der eigenen *rechtspolitischen Überzeugung* darüber, was Verbraucherschutzrecht ist und wohin es mit ihm gehen soll.<sup>15</sup>

In rechtspolitischer als auch in rechtsdogmatischer Hinsicht kommt dabei einer Frage ein ganz besonderes Gewicht zu. Die Frage lautet, ob es sich bei den zahlreichen verbraucherschützenden Bestimmungen, die das deutsche Recht kennt, nur um lose, nebeneinander stehende, *partielle Abweichungen* von allgemeinen zivilrechtlichen Vorgaben handelt<sup>16</sup> oder um weit mehr,<sup>17</sup> etwa um einen Regelungscluster, der durch ein *einheitliches Rechtsprinzip*<sup>18</sup> getragen wird und unter dessen Oberfläche bereits Anfänge einer kohärenten Rechtsdogmatik<sup>19</sup> durchscheinen. Falls dem so wäre, könnten von dem Verbraucherschutz-

<sup>13</sup> Soergel/Pfeiffer (2002), § 13 Rn. 13.

<sup>14</sup> Restriktiv: *Fastrich*, Richterliche Inhaltskontrolle im Privatrecht (1992), S. 119 ff.; *Dauner-Lieb*, Verbraucherschutz durch Ausbildung eines Sonderprivatrechts für Verbraucher (1983), S. 16 ff., 141 ff.; dagegen: *Reifner/Volkmer*, Neue Formen der Verbraucherrechtsberatung (1988), S. 10; *Rösler*, Europäisches Konsumentenvertragsrecht (2004), S. 268 ff.

<sup>15</sup> Vgl. dazu *Damm*, FS Reich (1997), S. 129, 131; *Reich/Micklitz*, Verbraucherschutzrecht in den EG-Staaten (1981), S. 11: „In den EG-Ländern ist die Frage noch offen, ob es ein spezielles Verbraucherrecht gibt, oder ob ein solches im Entstehen begriffen ist.“; *MüKo/Micklitz* (4. Aufl., 2001), Vor. §§ 13–14 Rn. 1 ff.; *Soergel/Pfeiffer* (2002), § 13 Rn. 17; *Hommelhoff*, AcP 192 (1992), 71, 103 ff.; *Tonner*, FS Derleder (2005), S. 145, 150 f.; v. *Hippel*, Schutz des Schwächeren (1982); *Rösler*, Europäisches Konsumentenvertragsrecht (2004), S. 48 ff.; *Habermas*, Faktizität und Geltung (1997), S. 477: „im Kern ein politischer Streit“; *Adomeit*, NJW 2002, Heft 43 Editorial mit dem Titel: „Verbraucherschutz – ein letzter Triumph von Karl Marx?“.

<sup>16</sup> *Dauner-Lieb*, Verbraucherschutz durch Ausbildung eines Sonderprivatrechts für Verbraucher (1983), S. 17: „Konturlosigkeit“, S. 75: lediglich Ausdruck einer „verfeinerten Verkehrsmoral“, nicht aber Ausfluss einer typischen Paritätsstörung; ähnlich *Fastrich*, Richterliche Inhaltskontrolle im Privatrecht (1992), S. 119 ff., 123: der Verbraucherschutzgedanke ist zu „unspezifisch“.

<sup>17</sup> Vgl. zur Auseinandersetzung den Übersichtsaufsatz von *Gilles*, JA 1980, 1, 5; *ders.*, NJW 1986, 1131 ff.; *Reifner/Volkmer*, Neue Formen der Verbraucherberatung (1988), S. 10; *Heckelmann*, FS Bärmann (1975), S. 427, 431; *Rösler*, Europäisches Konsumentenvertragsrecht (2004), S. 268 ff.; *MüKo/Micklitz* (4. Aufl., 2001), Vor. §§ 13–14 Rn. 1.

<sup>18</sup> Wenn die Einzelvorschriften zum Schutz des Verbrauchers auf ein einheitliches Rechtsprinzip zurückgeführt werden, wofür hier plädiert wird, dann vollzöge sich ein Schluss vom Besonderen auf das Allgemeine im Wege der Induktion unter Anwendung der Grundsätze zur Gesamtanalogie, vgl. zum methodischen Vorgehen *Larenz/Canaris*, Methodenlehre der Rechtswissenschaft (3. Aufl., 1995).

<sup>19</sup> *Drexel*, Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers (1998), S. 1; *Gärt-*